



BERLIN DEPESCHE

6. Jahrgang • Nr. 39

Oktober 2007

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

EDITORIAL

- 2 Kopf und Seele der Partei versöhnen – Martin Dörmann zur Lage der SPD vor dem Bundesparteitag

WAHLKREIS

- 4 Politische Sommerreise 2007: Begegnungen zwischen Kinderspielen und Weltraumforschung
- 5 Besuch der Luftwaffenkaserne Porz-Wahn: Soldaten berichten vom Einsatz in Afghanistan

KÖLN

- 6 MdB-Veranstaltungen zu Afghanistan und zur Patientenverfügung (Berichte)

NRW

- 7 SPD positioniert sich zur Bildungspolitik

BUNDESTAG

- 7 Halbzeitbilanz der Großen Koalition
- 8 Neues Gesetz bringt mehr Geld und Anerkennung für das Ehrenamt
- 9 Ergebnisse der Kabinettklausur in Meseberg
- 9 Der „Deutschlandfonds“ – Das Mitarbeiterbeteiligungsmodell der SPD
- 11 Die Linkspartei und das Geld
- 12 Mindestlohn in der Postbranche
- 12 Nebeneinkünfte der Abgeordneten
- 13 10 gute Gründe gegen die Atomkraft
- 14 SPD-Positionen zur Integrationspolitik
- 14 Zum Stand der Bahnreform

SPD-PROGRAMMDEBATTE

- 15 Neuer Entwurf für das „Hamburger Programm“
- 15 Bücher zur Programmdebatte
- 16 Beitrag von Prof. Wolfgang Schroeder

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 18 Vorgestellt: Susanne Kastner

INFOS UND IMPRESSUM

- 20 Sitzungswochen 2007, Infos über Martin Dörmann, Büroanschriften, Impressum



Politische Sommerreise 2007

Mehr als 40 Termine absolvierte Martin Dörmann wieder während seiner Politischen Sommerreise 2007. Hier wird er von einem launigen Pfarrer Jörg Wolke bei seinem Besuch des „HöVi-Landes“ begrüßt (Bericht ab Seite 4).

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 27.9.2007

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB



Kopf und Seele der Partei versöhnen

Zur Lage der SPD vor ihrem Bundesparteitag

Liebe Leserinnen und Leser,

die **SPD** ist nun **seit 9 Jahren an der Bundesregierung** beteiligt. In dieser Zeit war sie die Partei, die der Bundespolitik die wesentlichen inhaltlichen Impulse gab. Das gilt im Prinzip bis heute.

Unsere **Bilanz** kann sich dabei unter dem Strich durchaus sehen lassen - auch wenn einiges sicher noch unvollkommen ist und viele Baustellen bleiben. (Bedenken muss man dabei, dass wir es fast durchgängig mit einer schwarzen Mehrheit im Bundesrat zu tun hatten, der vieles blockieren kann, so dass wir immer wieder zu schmerzlichen Kompromissen gezwungen waren, so wie jetzt in der Großen Koalition.)

In Deutschland gibt es heute über 700.000 Arbeitslose weniger als im Vorjahr, mit 26,7 Millionen erreicht die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ein Rekordhoch seit der Wiedervereinigung, die Wirtschaft wächst und die Staatsfinanzen sind auf dem Weg der Konsolidierung. Auch wenn dies alles zu einem Großteil auf eine gute (Export-) Konjunktur zurückzuführen ist - **die rot-grünen Reformen** tragen nicht unerheblich dazu bei, dass diese positiven Effekte so deutlich wirken können. Denn in den Jahren von Rot-Grün wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass deutsche Unternehmen bei ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit einen großen Sprung nach vorne machen konnten und die Menschen heute schneller in Jobs kommen - etwa durch die Stabilisierung der Lohnnebenkosten, die steuerliche Entlastung des Mittelstandes und Reformen am Arbeitsmarkt.

Unter der **Regierung von Gerhard Schröder** ist unser Land zudem ökologischer und nachhaltiger geworden: der Atomausstieg wurde beschlossen, Klimaschutz als Thema nach vorne gebracht, erneuerbare Energien gezielt gefördert. In der Außenpolitik trägt Deutschland verstärkt Verantwortung in Europa und in der Völkergemeinschaft, Fehler wie den Irakkrieg haben wir dabei nicht mitgemacht. Deutschland ist heute offener: wir haben ein Zuwanderungsgesetz geschaffen, die Rechte gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften gestärkt und der Kulturpolitik eine größere Bedeutung verschafft. Ein neues Denken in Dimensionen von Zukunfts- und Generationengerechtigkeit hat begonnen. Nicht zuletzt haben Bildungs- und Familienpolitik einen neuen Stellenwert erhalten.

Die **Große Koalition** setzt diesen Kurs im We-

sentlichen fort. Die starken Minister stellt die SPD, die Union hat keine anderen Akzente setzen können. Die Angriffe der Konservativen auf den Kündigungsschutz und die Mitbestimmung haben wir abgewehrt. In Fragen der inneren Sicherheit unterstützen wir geeignete und erforderliche Maßnahmen gegen Terrorismus, wenn sie verhältnismäßig sind und damit rechtsstaatlichen Grundsätzen genügen. Unfug und unangemessene Einschränkungen von Freiheitsrechten lehnen wir ab.

Von den Werten und Zielen, die den Menschen besonders wichtig sind, steht soziale Gerechtigkeit an der Spitze. Gemessen daran ist Deutschland ein sehr **sozialdemokratisches Land** geworden. Viel mehr, als sich viele zum Ende der Kohl-Ära vorstellen konnten.

Warum aber profitiert die SPD davon nicht in **Umfragen**?

Gerade weil die SPD heute inhaltlich in der **Mitte der Gesellschaft** steht und in Zeiten der Umbrüche **Regierungsverantwortung** trägt, hat sie es schwerer als andere Parteien. In ihr werden stellvertretend die mit der Globalisierung verbundenen Probleme unserer Gesellschaft ausgetragen. Diese ist in Wahrheit selbst hin- und hergerissen zwischen den Wünschen nach Veränderung und Bewahrung. Sie will (wie wir) wirtschaftliche Dynamik und soziale Sicherheit gleichzeitig.

Wer die unterschiedlichen Pole miteinander ausbalancieren und dabei auch gestalten will, wird die Extreme nicht bedienen können. Deshalb ist die SPD heute eingeklemt zwischen dem populistischen **Lafontaine**, der sich für keine unerfüllbaren Versprechungen zu schade ist und die ökonomische Wirklichkeit ausblendet, und der auf Popularität bedachten **Merkel**, die sich auf außenpolitische Fragen zurückzieht und deshalb wenig Reibungspunkte bietet.

Ein bekannter Journalist nannte die **Kanzlerin** kürzlich eine „**Frau ohne Eigenschaften**“, weil sie in der Innenpolitik immer den leichten Weg gehen will, scheinbar ohne innere Überzeugungen. Die unbequemen Themen überlässt sie der SPD. Leider gefallen sich die Medien mehrheitlich darin, Merkel zu hofieren und im Zweifel kritisch über die SPD zu berichten. Derselbe Journalist begründete dies in etwa so: die Union nicke pragmatisch den Regierungskurs ab, es herrsche Ruhe, selbst Koch habe „Kreide bis zum Hals gefressen“. Das bringe auf Dauer keine interessanten Nachrichten. →



Die SPD hingegen sei viel leichter in Schwingungen zu versetzen und reflektiere jede Entscheidung lautstark.

Da ist viel Wahres dran. Im Zweifel wollen wir eben eine lebendige Partei sein, wo die Probleme nicht nur unter den Teppich gekehrt werden. Das zeichnet eine **demokratische Mitgliederpartei** ja gerade aus.

Das eigentliche, tiefer liegende **Dilemma der SPD** ist aber nicht ihre Diskussionsfreudigkeit. Es die innere Zerrissenheit jedes einzelnen Mitglieds zwischen Anerkennung und kritischer Distanz zur **Politik der Agenda 2010**. Der Zwiespalt in uns allen ist immer noch nicht überwunden.

Ja, wir wissen, dass die **Globalisierung** die finanziellen Spielräume des Staates einengt, weil er von den ansonsten abwandernden Unternehmen keine wirklich gerechten Steuern erheben kann. Und die **demografische Entwicklung** zwingt uns, die Sozialsysteme durch schwierige Reformen zukunftsfest zu machen.

Auf der anderen Seite sind wir aber stets mit dem Versprechen nach **mehr sozialer Sicherheit** angetreten, wobei damit meist auch bessere Sozialleistungen verbunden waren.

Nun hat die Agenda 2010 einen **Paradigmenwechsel** in der **Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik** vollzogen, die in einigen Bereichen auch zu Kürzungen geführt hat. Das kann keinen Sozialdemokraten glücklich machen. Auch wenn damit eine nachhaltige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und eine Flexibilisierung am Arbeitsmarkt verbunden war, um den enormen Herausforderungen durch die Globalisierung und eine älter werdende Gesellschaft gerecht zu werden.

Dabei wurde teilweise verdrängt, dass gleichzeitig sogar **Leistungen ausgebaut** wurden, etwa für die meisten Sozialhilfeempfänger oder im Bereich der Bildungs- und Familienpolitik, mit mehr Geld für Betreuung und Ganztagschulen.

Zwar finden nach den aktuellen Zahlen des ZDF-Politbarometers inzwischen 53 Prozent der SPD-Anhänger die Agenda 2010 „eher gut“. Aber immerhin 35 Prozent stehen ihr immer noch kritisch gegenüber. Wir sind aber auch auf dieses Drittel unserer Anhängerschaft angewiesen, um wieder stärkste politische Kraft im Bundestag zu werden.

Was die SPD nun braucht, ist eine **ehrliche Analyse der Agenda-Politik**: Welche Entscheidungen waren gut und richtig? Die sollten wir offensiv und konsequent vertreten. Aber wir müssen uns auch fragen: Wo sind Fehler gemacht worden, wo wollen wir unsere Politik anders akzentuieren?

Schwarz-Weiß-Denken hilft nicht weiter. Vielmehr muss es gelingen, **Kopf und Seele der Partei** miteinander zu versöhnen. Am Ende muss die *ganze* SPD die eigene Politik aus Überzeugung

mittragen, um die Mehrheit der Menschen überzeugen zu können.

Der bevorstehende **SPD-Bundesparteitag** Ende Oktober bietet hierfür eine gute Chance. Dort wird ein **neues Grundsatzprogramm** verabschiedet, das die Werte und Handlungsmaßstäbe der Sozialdemokratie im Zeitalter der Globalisierung deutlich machen wird.

In dem nun vorgelegten Programmentwurf ist dies schon gut gelungen. Kern unserer Identität bleibt das Streben nach **sozialer Demokratie** und **sozialer Gerechtigkeit**. Für unseren Weg wollen wir die **solidarische Mehrheit** unserer Gesellschaft gewinnen.

Ich bin davon überzeugt, dass unser **Parteivorsitzender Kurt Beck** vom Parteitag eindrucksvoll bestätigt wird. Er ist menschlich, glaubwürdig und verkörpert die Mitte der Partei. Deshalb ist er besonders geeignet, Kopf und Seele der SPD zusammenzuführen.

Doch es kommt nicht nur auf ein gutes Grundsatzprogramm an. Die **Mehrheitsfähigkeit der SPD** entscheidet sich letztendlich an ihrer aktuellen **Regierungspolitik**, an der uns die Menschen in erster Linie messen werden.

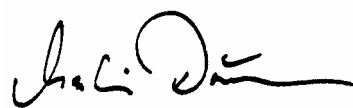
Auch hier sind wir auf einem guten Weg. **Franz Müntefering** arbeitet hartnäckig an einem Mindestlohn und an einer wirksamen Arbeitsmarktpolitik, die ein besonderes Augenmerk auf junge Menschen, Ältere und Langzeitarbeitslose wirft. **Frank-Walter Steinmeier** steht für eine verlässliche Außenpolitik, die die Überwindung von Konflikten und Bedrohungen in ihr Zentrum stellt. **Peer Steinbrück** zielt auf einen ausgeglichenen Haushalt, ohne die notwendigen zusätzlichen Investitionen - etwa im Bereich von Familie sowie von Forschung und Entwicklung - aus den Augen zu verlieren. **Ulla Schmidt** wird eine Pflegereform vorlegen, die Leistungen verbessert und eine sozialdemokratische Handschrift trägt. Und **Sigmar Gabriel** hat sich in kurzer Zeit hohen Respekt für seine nachhaltige Klimapolitik erworben.

Alles in allem kann sich die **SPD** mit ihrem **Personal**, ihrer **Regierungspolitik** und ihrem **Programm** durchaus sehen lassen. Inhaltlich ist die Lage deutlich besser als es die Umfragen derzeit zum Ausdruck bringen.

Wir können und sollten alle dazu beitragen, dass **Stimmung und Wirklichkeit** bald wieder in Einklang gebracht werden.

Herzlichst

Ihr



Politische Sommerreise 2007

Begegnungen zwischen Kinderspielen und Weltraumforschung

Martin Dörmann absolvierte wieder mehr als 40 spannende Termine

Seit seiner ersten Wahl 2002 führt Martin Dörmann jedes Jahr in der parlamentarischen Sommerpause seine Politische Sommerreise durch. Er war damit wohl Vorreiter in Köln.

Auch diesmal standen in der sitzungsfreien Zeit wieder mehr als **40 Termine** in Köln, Bonn, Hamburg und Bremen auf dem Programm. So sprach er mit Unternehmen und Betriebsräten, besuchte Vereine und soziale Einrichtungen und war Gast bei verschiedenen Veranstaltungen. Zudem führte er eine Reihe von Bürgersprechstunden in seinem Wahlkreis Porz, Kalk, nördliche Innenstadt durch. Nachfolgend sind einige der Stationen zusammengefasst.

Ein Schwerpunkt der Besuchstermine waren diesmal die Themen **Luft- und Raumfahrt**, für die Martin Dörmann zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion ist. Auf dem Gelände des **Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR)** in Porz-Wahnheide traf er sich mit den deutschen Astronauten **Thomas Reiter** und **Gerhard Thiele**, Chef der ESA-Astronauten. Mehr als 3 Stunden nahmen sich die beiden Zeit, um das **Europäische Astronautenzentrum (EAC)** zu erläutern und mit Martin Dörmann über die Perspektiven der bemannten Raumfahrt zu diskutieren. Zudem berichtete Thomas Reiter von seinen Erfahrungen auf der Internationalen Raumstation ISS.



Die Astronauten Gerhard Thiele und Thomas Reiter (v.l.) erläuterten Experimente im All

Am **Flughafen Köln/Bonn** führte Martin Dörmann Gespräche mit dem Betriebsrat sowie Flughafenchef **Michael Garvens** und Geschäftsführer **Wolfgang Klapdor**. Dabei ging es insbesondere um Lärmschutz, die wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens sowie Fragen der Mitbestimmung.

Die Themen Luft- und Raumfahrt waren auch Hintergrund für einen mehrtägigen Abstecher nach Norddeutschland. In **Hamburg** besuchte Martin Dörmann das **Airbus-Werk** in Finkenwerder und sprach bei **Lufthansa-Technik** mit **Walter Heerdt**, dem Bereichsleiter für Marketing und Vertrieb. Zusammen mit seinem Fraktionskollegen **Volker Kröning** führte er dann in **Bremen** Gespräche mit Vertretern des neuen **DLR-Raumfahrtinstituts**, Verantwortli-

chen von **EADS Astrium** sowie mit der Leitung der **Firma OHB System** über deren möglichen Kauf von Airbus-Werken.



Kölns Wirtschaftsdezernent Norbert Walter-Borjans und Martin Dörmann sprachen über Standortfragen

Einen zweiten Schwerpunkt bildete der Bereich **Telekommunikation**, für den Martin Dörmann in der SPD-Bundestagsfraktion ebenfalls verantwortlich ist. So sprach er mit **Fachjournalisten** sowie führenden Vertretern von **Telekommunikationsunternehmen** und der **Bundesnetzagentur** in Bonn u.a. über Regulierungsfragen. In Köln besichtigte er ein **Call-Center** und war zu Gast bei dem Journalisten **Günter Wallraff**, der gerade über Missstände in dieser Branche recherchiert. Gemeinsam mit seinem Kollegen **Manfred Zöllmer** hatte Martin Dörmann bereits im Frühjahr eine Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion zur Problematik der unerlaubten Werbeanrufe durchgeführt und setzt sich für strengere gesetzliche Sanktionen ein.

Zusammen mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Porz **Willi Stadoll** besuchte Martin Dörmann, selbst Mitglied im Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie, das expandierende **Unternehmen Reco** in Porz. Es produziert elektronische Steuerungen und Module für Industriefilteranlagen und zählt in diesem Bereich zu einem „Global Player“. Mit den Geschäftsführern **Richard Arzt** und **Dr. Klaus Büllesfeld** besprach er sowohl Standortfragen als auch Probleme im Ausbildungsbereich. Diese Themen konnte Martin Dörmann anschließend bei einem Gesprächstermin mit dem **Wirtschaftsdezernenten** der Stadt Köln **Norbert Walter-Borjans** (SPD) gleich vertiefen. (→ Fortsetzung)



Doch nicht nur Wirtschaftsfragen standen auf dem Programm der Sommerreise. So diskutierte er mit Senioren in Neubrück als Gast des **Senioren-Netzwerkes Ostheim**. Dabei hob er die Bedeutung des Ehrenamtes hervor und verwies auf das soeben im Bundestag beschlossene Gesetz, durch das 490 Millionen Euro zusätzlich in die Förderung bürgerschaftlichen Engagements fließen. Beim anschließenden Besuch des **Veedel e.V.** in Ostheim ging es insbesondere um Fragen des **Sozialraumkonzepts**.

Mit dem SPD-Landtagsabgeordneten **Stephan Gatter** besuchte er das **Kinderheim Brück**. Beide zeigten sich von der wunderbaren Lage der Einrichtung mitten in viel Grün und der kompetenten Betreuung durch die Leiterin **Ute Wiegmann** beeindruckt. Die Jugendhilfeeinrichtung setzt besonders auf die Zusammenarbeit mit den Eltern, damit die Kinder bald wieder nach Hause zurückkehren können.

Ein weiterer Höhepunkt war der Besuch des **HöVi-Landes**, der Ferienzeltstadt für Kinder aus Höhenberg und Vingst,

die von den Pfarrern **Jörg Wolke** und **Franz Meurer** betreut wird. SPD-Ratsmitglied **Dr. Michael Petzold**, der die medizinische Betreuung während der 3 Wochen übernahm, führte den Abgeordneten durchs Lager und stellte die vielen Aktivitäten vor. Martin Dörmann half bei der Frühstücksausgabe und war vom großen Engagement der ehrenamtlichen Helfer und der Begeisterung der über 500 Kinder mehr als angetan: „HöVi-Land ist eine tolle Einrichtung. Es ist einfach klasse, was hier jedes Jahr auf die Beine gestellt wird, um Kindern eine schöne Ferienzeit zu ermöglichen, gerade aus Familien, die sich Urlaub ansonsten nicht leisten können.“

Und so spannte sich diesmal der Bogen der Sommerreise von der Weltraumforschung bis zu Kinderspielen. „Es ist gerade diese Mischung aus anspruchsvollen Themen und konkreten Begegnungen mit Menschen, die die Abgeordnetentätigkeit so spannend macht. Man lernt immer sehr viel dazu und kann manchmal auch ganz konkret helfen“, zog Martin Dörmann eine positive Bilanz seiner Sommerreise.

Kölner Soldaten berichten von ihrem Einsatz in Afghanistan

Martin Dörmann besuchte die Luftwaffenkaserne Porz-Wahn

Zum Abschluss seiner diesjährigen Sommerreise im Wahlkreis besuchte **Martin Dörmann** die Luftwaffenkaserne Wahn, die vor kurzem ihr 50-jähriges Jubiläum feierte. Dort wurde er von Brigadegeneral **Volker Zimmer**, stellvertretender Amtschef und Standortältester Köln, sowie dem Kasernenkommandanten Oberstleutnant **Klaus Trares** begrüßt.

Brigadegeneral Zimmer hob die guten Kontakte der Bundeswehr mit der Kölner Politik und die positive Resonanz in der Bevölkerung hervor, die sich zuletzt durch die 80.000 Besucher bei den Jubiläumsfeierlichkeiten dokumentiert hatten. In dem Gespräch ließ sich Martin Dörmann auch über den aktuellen Sachstand bezüglich der auf dem Kasernengelände befindlichen Kindertagesstätte der Diakonie berichten, deren langfristiger Bestand nach vielfachen Bemühungen nunmehr gesichert ist.

Auf Wunsch von Martin Dörmann fand anschließend ein ausführliches Gespräch des Bundestagsabgeordneten mit Soldatinnen und Soldaten statt, die jeweils mindestens zwei Mal in Afghanistan im Einsatz waren. Die insgesamt 13 Soldatinnen und Soldaten unterschiedlichster Dienstgrade und Einsatzbereiche berichteten über die Situation im Land und ihre Einsätze dort. In dem sehr offenen Gespräch wurden auch Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten deutlich angesprochen.

Insgesamt kamen alle Soldatinnen und Soldaten zu der Bewertung, dass der Einsatz notwendig und richtig sei, es aber auch eine Reihe von Verbesserungsmöglichkeiten gäbe. Insbesondere wäre eine bessere personelle und sachliche Ausstattung erforderlich, um den Einsatz noch effektiver zu machen. Auch müsse die psychologische Nachbetreuung verbessert werden.

Insgesamt zeigten sich die Soldaten sehr dankbar über das Gespräch mit dem Abgeordneten. Einer fasste es so zusammen: „Nach all den Jahren im Einsatz in Afghanistan sind sie der Erste, der mit uns so ausführlich spricht. Die

Truppe sollte schon wissen, dass sie die Unterstützung des Parlamentes hat.“



Kasernenkommandant Klaus Trares begrüßte Martin Dörmann zum Gespräch mit den Soldaten

Martin Dörmann wollte sich durch das Gespräch einen eigenen Eindruck über die Verhältnisse und Probleme in Afghanistan verschaffen. Demnächst steht im Deutschen Bundestag die Verlängerung der verschiedenen Afghanistanmandate (ISAF, OEF und Tornadoeinsatz) auf der Tagesordnung.

Martin Dörmann: „In der SPD-Bundestagsfraktion ist unbestritten, dass der Einsatz der Bundeswehr auch weiterhin notwendig ist, um den zivilen Wiederaufbau des Landes zu ermöglichen und uns alle vor terroristischen Aktivitäten zu schützen, die ansonsten von diesem Land auszugehen drohen, wenn die Taliban wieder die Macht erlangen würden. Über eine Modifizierung der Einsätze werden wir in Berlin intensiv beraten. Wir wissen, welcher schweren Job unsere Soldatinnen und Soldaten dort zu bewältigen haben. Zu Recht genießen sie hohes Ansehen in der dortigen Bevölkerung. Durch meinen Besuch wollte ich auch dokumentieren, wie dankbar wir denjenigen sind, die vor Ort ihr Leben für uns und die Menschen in Afghanistan riskieren. Die Politik muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass der Einsatz auch weiterhin erfolgreich sein und der zivile Aufbau gelingen kann.“

Veranstaltungen „Fraktion vor Ort“ der SPD-Bundestagsabgeordneten

„Verantwortung für Afghanistan“

SPD-Außenpolitiker Detlef Dzembitzki plädierte für eine Fortsetzung des Einsatzes

„Wir wollen sicherstellen, dass Menschenrechte eingehalten werden und dass sich eine Demokratie entwickelt“, so **Detlef Dzembitzki**, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Vorsitzender einer Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion zu Afghanistan. Die vier Kölner Bundestagsabgeordneten hatten ihn als Fachmann eingeladen, um gemeinsam mit rund 200 Bürgerinnen und Bürgern im Bürgerzentrum in Nippes über die Aufgabe Deutschlands in Afghanistan zu sprechen. Unter den interessierten Gästen befand sich auch der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Köln, **Norbert Burger**.

Anhand des Zwischenberichtes „Task Force Afghanistan“ der Arbeitsgruppe erläuterte Dzembitzki präzise die Möglichkeiten und Notwendigkeiten des deutschen Engagements in Afghanistan. Er merkte an: „Die Finanzmittel für den zivilen Aufbau müssen insgesamt überprüft und den Herausforderungen angepasst werden.“ Des Weiteren wurden im Rahmen der Veranstaltung auch die internationalen Mandate in Afghanistan diskutiert. Man war sich einig darüber, dass die ISAF das stabilisierende Rückrat eines fragilen, praktisch kaum vorhandenen

Staates bildet. Zöge man die Truppen ab, drohte das ganze Staatswesen auseinanderzufallen, mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung und für die gesamte Region.

Im Anschluss an die Einführung durch **Rolf Mützenich** und des Referates von Detlef Dzembitzki hatten die Zuhörerinnen und Zuhörer noch genügend Zeit, Fragen an die Abgeordneten zu stellen. Nach einer spannenden und aufschlussreichen Diskussion wurde einerseits den Teilnehmern der Veranstaltung klar, warum das Engagement Deutschlands in Afghanistan einen solch hohen Stellenwert hat. Andererseits konnten die Abgeordneten mit einem klaren Bild über die Meinung der Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis nach Berlin fahren.

Am 7. September hielt die SPD-Bundestagsfraktion eine Klausursitzung zum Thema Afghanistan ab. Über die aktuelle Lage vor Ort wurden die Abgeordneten aus erster Hand von der Ministerin für Frauenangelegenheiten, Frau **Dr. Hosanbano Ghazanfar**, sowie zwei Abgeordneten des Parlaments Afghanistans informiert.

„Stellenwert des Selbstbestimmungsrechts bei der Patientenverfügung“

MdB René Röspele stellte die Prinzipien der vorliegenden Gesetzentwürfe vor

In einer Patientenverfügung legt man fest, ob und wie man medizinisch behandelt werden möchte, wenn man sich selbst nicht mehr äußern kann. **René Röspele**, Mitglied des Ethikbeirates im Deutschen Bundestag, ist einer der Mitinitiatoren eines Gesetzentwurfes, der die Patientenverfügung erstmals gesetzlich regeln will. Inzwischen liegen insgesamt drei Gesetzentwürfe vor, die über Fraktionsgrenzen hinweg erarbeitet wurden.

René Röspele stellte insbesondere die Unterschiede zwischen den Anträgen der Abgeordneten **Bosbach/Röspele** einerseits und **Stünker** andererseits vor. Letzterer will dem Selbstbestimmungsrecht der Patienten besondere Geltung verschaffen. Demgegenüber betonte Röspele, der mutmaßliche Wille des Patienten ende nicht bei fehlender Einwilligungsfähigkeit. Vielmehr sei immer nach dem Wohl des Patienten zu fragen. Nur wenn das Grundleiden nach ärztlicher Überzeugung unumkehrbar einen tödlichen Verlauf nehme oder der Betreute dauerhaft ohne Bewusstsein sei, dürfe auf lebenserhaltende Maßnahmen verzichtet werden. Wenn man sich hier über den mutmaßlichen Willen des Patienten irre, sei dies weniger schlimm als ein Irrtum im umgekehrten Fall.

Diejenigen, die das Selbstbestimmungsrecht des Patienten höher bewerten, sehen darin jedoch eine Aushöh-

lung, da die Patientenverfügung dann nur noch in ganz wenigen Fällen greifen würde.

Nach dem Vortrag entwickelte sich eine anregende Diskussion mit den über 160 Gästen im Clarimedis Haus der AOK, bei der die Meinungen entsprechend auseinander gingen. Der Bundestag will noch in diesem Jahr eine Entscheidung treffen, wobei jede/r Abgeordnete ohne Fraktionszwang abstimmen. Alle sind sich darin einig, dass es hier um eine echte Gewissensentscheidung geht.



René Röspele mit den SPD-Abgeordneten Lale Akgün, Martin Dörmann und Karl Lauterbach (v.l.)

SPD positioniert sich zur Bildungspolitik

Bildungspolitischer Parteitag der NRWSPD verabschiedet neues Konzept

Nach einer intensiven Diskussion in der ganzen Partei haben am 25. August die 450 Delegierten der NRWSPD in Bochum das neue Bildungskonzept der NRWSPD mit großer Mehrheit beschlossen. Bei einer Neinstimme und drei Enthaltungen stimmten 99,1 Prozent auf dem Sonderparteitag für den Leitantrag des Landesvorstandes. „Unser Konzept sichert die beste Bildung für alle“, sagte die SPD-Landesvorsitzende **Hannelore Kraft**.

Zentrale Bausteine darin sind:

- Die Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nach dem ersten Lebensjahr. Die Elternbeiträge sollen schrittweise gestrichen, der Besuch des letzten Kindergartenjahres Pflicht werden. Die ersten beiden Schuljahre sollen zu einer flexiblen Eingangsphase zusammengelegt werden, die die Kinder – je nach Leistungsvermögen - in ein, zwei oder drei Jahren durchlaufen.
- Bis zur zehnten Klasse sollen künftig alle Kinder in einer Schule von einem Lehrerkollegium unterrichtet werden. In den Klassen 5 und 6 soll der gemeinsame Unterricht verbindlich sein. Die NRWSPD strebt mit

der Ganztagschule in der Perspektive ein vollständig integratives System an, das bis zum ersten qualifizierenden Abschluss am Ende der Sekundarstufe I führt.

- Ausdehnung des Programms der Offenen Ganztagsgrundschule auf alle weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I.
- Abschaffung der von CDU und FDP eingeführten Studiengebühren für das Erststudium. Die Hochschulen sollen einen finanziellen Ausgleich erhalten.
- Für alle jungen Menschen eine echte Ausbildungsgarantie auf einem hohen qualitativen Niveau.

Die Kölner SPD hatte sich im Vorfeld ebenfalls intensiv mit dem Thema Bildung beschäftigt und hierzu auf einem Sonderparteitag einen Antrag zum Landesparteitag beschlossen.

→ **Beschluss „Die beste Bildung für alle“ des Landesparteitages der NRWSPD unter www.nrwspd.de/db/docs/doc_15717_2007829151222.pdf**

BUNDESTAG

Halbzeitbilanz der Großen Koalition

Eine Bewertung von Dr. Peter Struck, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Vor knapp zwei Jahren fand die Bundestagswahl statt. Es ist also an der Zeit, eine Zwischenbilanz der Großen Koalition zu ziehen – und diese fällt positiv aus, gerade auch aus Sicht der SPD. Unsere Handschrift in dieser Koalition ist deutlich. Wir Sozialdemokraten haben in den vergangenen zwei Jahren viel Gutes für Deutschland in der Großen Koalition durchgesetzt:

Wir haben Programme entwickelt, die älteren Arbeitnehmern neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen, Langzeitarbeitslose wieder in Lohn und Brot bringen und jungen Arbeitslosen helfen, schneller vermittelt zu werden. Wir haben es geschafft, den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz durchzusetzen, die Versicherungspflicht im Gesundheitswesen eingeführt und die gesetzliche Rentenversicherung stabilisiert. Wir haben ein Unternehmenssteuergesetz auf den Weg gebracht, das Steuergerechtigkeit schafft und das Steuereinkommen des Staates sichert. Und wir haben den Bundeshaushalt weiter konsolidiert. Alles in allem eine Bilanz, auf die wir stolz sein können.

Wir geben uns mit dem Erreichten nicht zufrieden. Für die kommenden zwei Jahre haben wir uns einen ehrgeizigen Fahrplan gesetzt:

- Wir wollen dafür sorgen, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessert und die Menschen vom Aufschwung profitieren. Wir werden mit der Gesetzgebung zum Arbeitnehmerentendengesetz und zum Mindestarbeitsbedingungengesetz noch im Herbst diesen Jahres beginnen.
- Wir wollen dafür sorgen, dass sich die gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland weiter fortsetzt, u. a. mit der Verstetigung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms.
- Und wir wollen dafür sorgen, dass wir bei der Frage des Klimaschutzes entscheidend weiter kommen. Dazu gehört u. a. den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf 25-30 % bis 2020 zu erhöhen.

Jetzt gilt es, diese Ziele mit Leben zu füllen und in konkrete Gesetze zu gießen. Dazu wird die SPD-Bundestagsfraktion mit ihrem Wissen, ihrem Engagement und ihrer Professionalität entscheidend beitragen. Es gibt noch viel zu tun in Deutschland – und es ist gut, dass wir Sozialdemokraten regieren und gestalten können.

→ **Eine Bilanz der SPD-Fraktion zur Halbzeitbilanz: www.spdfraktion.de → Themen → Themenübergreifend**

Neues Gesetz bringt 490 Millionen Euro zusätzliche Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Anfang Juli hat der Bundestag das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ verabschiedet, mit dem die steuerlichen Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement entscheidend verbessert werden. Es tritt rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft. Die Steuerbegünstigung von Spenden wird erheblich ausgeweitet. Das Spendenrecht wird übersichtlicher und praktikabler. Der ehrenamtliche Einsatz der Bürgerinnen und Bürger wird stärker gefördert. Außerdem werden die gemeinnützigen Körperschaften von bürokratischem Aufwand entlastet.

Die SPD hatte durchgesetzt, dass im Koalitionsvertrag die stärkere Förderung des bürgerschaftlichen Engagements verankert wurde.

Entwicklung einer lebendigen Gesellschaft

Über 23 Millionen Menschen engagieren sich ehrenamtlich in mehr als 600.000 Vereinen und Organisationen. Diese Arbeit mit all ihren Facetten und Gesichtern spielt eine wichtige Rolle in unserer Gesellschaft. Sie unterstützt den Zusammenhalt, überwindet soziale Schranken, verbindet und integriert. Deshalb war und ist gerade uns Sozialdemokraten die Stärkung des Ehrenamtes ein wichtiges Anliegen. Dies hat Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** erst kürzlich bei seinen Besuchen gemeinnütziger Einrichtungen in Köln noch einmal deutlich gemacht, als er u.a. beim Veedel e.V. in Ostheim zu Gast war. Bereits als NRW-Ministerpräsident hat er regelmäßig Ehrenamtstouren durchgeführt.

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und Förderinstrumente des bürgerschaftlichen Engagements werden vom Bund insgesamt Mittel in Höhe von rund 490 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt und somit in die Stärkung unserer Zivilgesellschaft zukunftssträchtig investiert. Damit unterstützt das Gesetz zugleich das Ziel der Bundesregierung, die Anerkennungskultur weiterzuentwickeln. Bürokratische Hürden werden abgebaut. Nicht zuletzt werden Anreize geschaffen, sich durch Stiftungen an der Förderung des Gemeinwohls zu beteiligen.

Die wichtigsten Maßnahmen des Gesetzes im Überblick:

- Es wird ein neuer Freibetrag in Höhe von 500 Euro pro Jahr eingeführt. Dieser Freibetrag bewirkt, dass jeder ehrenamtlich Tätige, ganz gleich in welchem gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Bereich er sich engagiert, von seinem Verein oder seiner Einrichtung eine steuerfreie Aufwandspauschale bis zu 500 Euro jährlich erhalten kann, ohne die entstandenen Aufwendungen beim Finanzamt durch Einzelnachweise belegen zu müssen. Diese Maßnahme entlastet die ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger von unnötigem bürokratischem Aufwand. Ausgenommen sind lediglich Personen, die den Übungsleiterfreibetrag oder eine Kostenerstattung aus öffentlichen Kassen erhalten.
- Der so genannte Übungsleiterfreibetrag wird von 1.848 Euro auf 2.100 Euro jährlich angehoben. Durch diesen Freibetrag sind Einnahmen aus ehrenamtlicher

Tätigkeit als Übungsleiter, Ausbilder, Erzieher, Betreuer, aus ehrenamtlichen künstlerischen Tätigkeiten oder der ehrenamtlichen Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen im Dienst einer gemeinnützigen Einrichtung steuerfrei. Da die steuerfreien Einnahmen nicht als Arbeitsentgelt erfasst werden sind sie auch von der Sozialversicherungspflicht freigestellt.

- Der Sonderausgabenabzug für Mitgliedsbeiträge an Kulturfördervereine kann künftig auch bei Gegenleistungen (zum Beispiel Freikarten) geltend gemacht werden. Dies erleichtert die Buchführung der gemeinnützigen Einrichtungen und erspart den Finanzämtern in erheblichem Umfang Prüfungsaufwand.
- Förderungswürdige Zwecke im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht sollen besser aufeinander abgestimmt werden. Dies erfolgt durch eine einheitliche Definition des Zwecks in einem Katalog in der Abgabenordnung. Die Finanzbehörden der Länder haben darüber hinaus die Möglichkeit, Zwecke auch dann als gemeinnützig anzuerkennen, wenn diese nicht eindeutig unter einen der Punkte des Katalogs fallen. Diese Regelung gibt den Finanzbehörden der Länder die Gelegenheit, auf sich verändernde gesellschaftliche Verhältnisse und daraus entstehende Notwendigkeit zur Förderung neuer gemeinnütziger Zwecke ohne Gesetzesänderung zu reagieren.
- Die Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Betätigungen gemeinnütziger Körperschaften sowie die Zweckbetriebsgrenze bei sportlichen Veranstaltungen wird auf jeweils 35.000 Euro Einnahmen im Jahr angehoben. Das bedeutet, dass erst ab 35.000 Euro Einnahmen im Jahr Körperschaft- und Gewerbesteuer gezahlt werden müssen. Die Umsatzgrenze für den pauschalen Vorsteuerabzug wird entsprechend angepasst.
- Die Höchstgrenze für den Sonderausgabenabzug von Spenden wird vereinheitlicht und auf 20 Prozent des Gesamtbetrags der Einkünfte für alle förderungswürdige Zwecke angehoben, alternativ für Unternehmen 4 Promille der Summe der Umsätze und der im Kalenderjahr aufgewendeten Löhne und Gehälter. Die Vereinheitlichung und Erhöhung der Höchstgrenzen schafft eine Gleichbehandlung der verschiedenen Bereiche des bürgerschaftlichen Engagements und eröffnet zusätzliche Spielräume für steuerbegünstigte Spenden.
- Der Höchstbetrag für die Ausstattung von Stiftungen mit Kapital wird von 307.000 Euro auf 1 Mio. Euro angehoben. Dieser Höchstbetrag kann innerhalb eines Zeitraums von 10 Jahren nur einmal in Anspruch genommen werden. Gefördert werden künftig nicht nur Spenden anlässlich der Neugründung in den Vermögensstock einer Stiftung, sondern auch Spenden als sog. Zustiftungen in das Vermögen bestehender Stiftungen. Von diesen Verbesserungen wird ein wichtiger Impuls zur Stärkung der Stiftungskultur in unserem Land ausgehen.
- Der zeitlich begrenzte Vor- und Rücktrag von Großspenden und der zusätzliche Höchstbetrag für →

Spenden an Stiftungen werden zugunsten eines zeitlich unbegrenzten Zuwendungsvortrags abgeschafft. Für den Sonderausgabenabzug vorgetragener Zuwendungsbeträge gelten die Höchstbeträge für den Spendenabzug entsprechend.

- Die Grenze für den vereinfachten Nachweis von Zuwendungen (Spenden und Mitgliedsbeiträge) durch Bareinzahlungsbelege oder Buchungsbestätigungen des Kreditinstituts wird von 100 auf 200 Euro angehoben.

SPD steht für Stärkung der Zivilgesellschaft

Unsere Bilanz in der Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements kann sich sehen lassen: Es war Willy Brandt, der als Kanzler die Übungsleiterpauschale in Höhe von 100 DM monatlich eingeführt hat. Unter Helmut Schmidt wurde der Betrag auf 200 DM angehoben und Gerhard Schröder ist 1999 noch einen Schritt weiter gegangen, indem er die Übungsleiterpauschale auf 300 DM (= 154 Euro) im Monat erhöht und den Kreis der pädagogischen Betreuer/innen erweitert und in eine steuerfreie Einnahme umgewandelt hat. Auf unsere Initiative hin wurde 2002 der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ eingesetzt, der auch in dieser Legis-

latur das Thema parlamentarisch bearbeitet. Dank unserer Unterstützung hat sich im Jahr 2003 das „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ als Plattform für über 190 Organisationen aus Bürgergesellschaft, Politik und Wirtschaft gegründet. Daneben hat die SPD den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz verbessert. Wir fördern die Weiterentwicklung der Freiwilligendienste für die Jungen und die Alten, wir haben deutlich verbesserte Fördermöglichkeiten für Selbsthilfegruppen geschaffen und die Finanzbedingungen für die Hospizarbeit verbessert.

Die mit der nunmehr vom Bundestag beschlossenen verbesserten steuerlichen Förderung ist aber nur ein Standbein zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Die SPD steht für einen weiteren Ausbau der Freiwilligendienste, für die Reform des Vereinsrechts, für Entbürokratisierung, für den Ausbau der Bürgerbeteiligung sowie für die Unterstützung von nötigen Infrastrukturen der Engagementförderung, insbesondere auch von Migrantenselbstorganisationen. Besonders auf kommunaler Ebene müssen wir weitere Freiräume für bürgerschaftliches Engagement schaffen, indem wir die Kommunen bei diesen Aufgaben stärker unterstützen.

Ergebnisse der Kabinettklausur in Meseberg

Das Arbeitsprogramm der Bundesregierung trägt sozialdemokratische Handschrift

Die große Koalition hat auf ihrer Kabinettklausur im August in Schloss Meseberg ein Maßnahmenpaket beschlossen, das eine klare sozialdemokratische Handschrift trägt. Man erkennt, dass die große Koalition in wesentlichen Politikfeldern vorankommt und Entscheidungen getroffen hat. Nun soll die gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland stabilisiert werden und die Teilhabe der Menschen am Aufschwung verbessert werden. Auf der Klausurtagung in Meseberg hat die große Koalition für die zweite Hälfte ihrer Amtszeit vereinbart, mit langfristig angelegten Vorhaben entscheidende Weichen, auch über die Legislaturperiode hinaus, zu stellen und neue Impulse zu setzen.

Dabei geht es um die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Verbesserung des Aus- und Weiterbildungswesens in Qualität und Wirkungsbreite und Knüpfen strategischer Innovationsallianzen von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll auch in der Globalisierung Markenzeichen und Motor des Wohlstands bleiben. Des Weiteren wurden Maßnahmen vereinbart, mit dem Ziel, Solidarität und Zusammenhalt in Deutschland unter den Bedingungen einer älter werdenden Gesellschaft zu stärken. Ein

weiteres Maßnahmenbündel betrifft ungenutzte Möglichkeiten, die Verwaltung bürgerfreundlicher zu machen und Bürokratielasten zu vermeiden. Hier sind Bund und Länder zu enger Zusammenarbeit aufgerufen. Zudem hat die große Koalition auf ihrer Kabinettklausur in Meseberg ein 30 Punkte umfassendes, zukunftsweisendes Maßnahmenpaket zur Energie- und Klimapolitik beschlossen.

Hervorzuheben sind folgende Einzelvorhaben: Die große Koalition plant, ein Gesamtkonzept zum Kinderzuschlag / Erwerbstätigenzuschlag und ein Programm zur Humanisierung der Arbeitswelt zu erstellen. Die Entwicklung im Bereich der Zeitarbeit soll analysiert und geprüft werden. Es wird ein Gesamtkonzept "Jugend – Ausbildung und Arbeit" erarbeitet, ein Konzept zur Zuwanderungssteuerung entwickelt und zudem sollen Standards bei der Gestaltung der Globalisierung erarbeitet werden. Beschlossen wurde auch die Einführung eines Mindestlohnes in der Postbranche.

→ **Weitere Informationen unter**
www.bundesregierung.de/

[nn_774/Content/DE/Artikel/2007/08/2007-08-24-grundlagen-aufschwung-staerken.html](http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Artikel/2007/08/2007-08-24-grundlagen-aufschwung-staerken.html)

Der „Deutschlandfonds“ – Das Mitarbeiterbeteiligungsmodell der SPD

Wie die SPD Arbeitnehmer/innen am Kapital beteiligen will

Nur wenige Arbeitnehmer sind in Deutschland an ihren Unternehmen beteiligt. So bieten lediglich 19 Prozent der Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten hier zu Lande eine Erfolgsbeteiligung. In Frankreich sind es 82 Prozent. Hauptgrund für die geringe Verbreitung von

Mitarbeiterbeteiligungen ist nicht eine mangelnde öffentliche Förderung, sondern der große Verwaltungsaufwand, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen. Während etwa bei einer an der Börse gehandelten Aktiengesellschaft leicht Belegschaftsaktien ausge- →

geben werden können, deren Wert an der Börse ermittelt werden kann und die dort einfach verkauft werden können, ist dies für mittelständische Unternehmen nicht möglich. Eine Mitarbeiterbeteiligung ist für eine GmbH oder eine Personengesellschaft heute nur sehr schwer und mit großem finanziellem und organisatorischem Aufwand zu verwirklichen. Anteile an einem solchen Unternehmen können, z. B. beim Wechsel des Arbeitgebers, nicht einfach verkauft werden – es fehlt ein Markt dafür. Auch der Wert einer Beteiligung ist nur mit großem Aufwand festzustellen. Gleiches gilt für die Berechnung der Gewinne. Und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer droht bei Insolvenz des eigenen Unternehmens nicht nur der Verlust des Arbeitsplatzes – sondern auch die Kapitalanlage wäre unwiederbringlich verloren.

Zur Lösung dieser Probleme schlägt die SPD einen Deutschlandfonds für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor. Der Deutschlandfonds steht allen Unternehmen in Deutschland offen, die ihren in Deutschland tätigen Mitarbeitern zusätzlich zum Tariflohn eine freiwillige Beteiligung ermöglichen wollen. Der Fonds wird professionell gemanagt. Er ist ein weiteres Angebot an Unternehmer und Unternehmen, um den Aufbau von Vermögen in Arbeitnehmerhand zu fördern. Die bisherigen Möglichkeiten zur Mitarbeiterbeteiligung bleiben alle bestehen.

So funktioniert der Deutschlandfonds:

Mitarbeiter, Unternehmen und Fonds vereinbaren ein Dreiecksgeschäft:

- Ein Unternehmen ermöglicht es, seinen Arbeitnehmern, Fondsanteile zu kaufen. Dies fördert der Staat – wie bisher bei Vermögensbildung auch – bis 400 Euro im Jahr mit einer Arbeitnehmer-Sparzulage von 20 Prozent (bisher 18 Prozent). Die Einkommensgrenzen für diese Förderung werden auf 20.000 Euro für Ledige (derzeit 17.900 Euro) bzw. 40.000 Euro (derzeit 35.800 Euro) für Verheiratete angehoben.
- Damit hätte mehr als die Hälfte aller Arbeitnehmer Anspruch auf die staatliche Förderung. Betriebe können ihren Mitarbeitern darüber hinaus Fondsanteile im Wert von max. 240 Euro (bisher 135 Euro) pro Jahr steuerfrei überlassen. Die Einlagen der Arbeitnehmer sind aber nicht auf diese Höchstförderungen begrenzt. Sie können darüber hinaus weitere Anteile erwerben.
- Der Deutschlandfonds stellt den Unternehmen die Einlagen ihrer Mitarbeiter als Beteiligungskapital zur Verfügung. Das stärkt die Finanzkraft der Unternehmen. Für dieses Beteiligungskapital zahlen die Unternehmen wiederum Zinsen, etc. an den Fonds.
- Über den Fonds fließen Gewinne, Zinsen und Tilgungen an die Beschäftigten zurück.

Die Vorteile des Deutschlandfonds

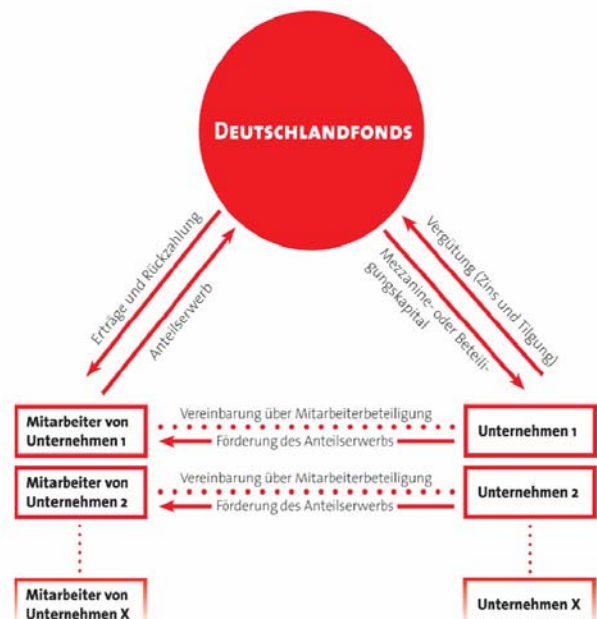
Der Deutschlandfonds ist unbürokratisch und leicht verständlich. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden über den Fonds mit ihrem Unternehmen verbunden und haben Anteil an dessen wirtschaftlichen Erfolg. Gleichzeitig wird durch den Fonds das Risiko verringert, die ge-

samte Anlage bei Insolvenz des Arbeitgebers zu verlieren, da das Risiko breit gestreut ist.

Wenn beispielsweise bei 200 beteiligten Unternehmen zwei in Konkurs gehen, ist das verkraftbar. Die Arbeitnehmer erhalten ihre Anteile am Ende der festgelegten Laufzeit zurück und können sie auch wieder neu anlegen. Das Management des Fonds kann zusätzliche Möglichkeiten zur Auszahlung schaffen.

Den Unternehmen wird die Einrichtung einer Mitarbeiterbeteiligung durch niedrige Verwaltungskosten und eine einfache Handhabung erleichtert. Durch die Beteiligung am Betrieb werden die Mitarbeiter motiviert. Gleichzeitig bleibt der Anlagebetrag dem Unternehmen erhalten – er kann für Investition verwendet werden und erhöht ggf. die Kreditlinie.

Schematische Darstellung des Deutschlandfonds



Wie es weitergeht

Der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck hatte Ende 2006 vorgeschlagen, das Thema Mitarbeiterbeteiligung auf die Tagesordnung zu setzen. Eine Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion unter der Leitung von Olaf Scholz hat daraufhin das Konzept erarbeitet. An der Arbeitsgruppe waren auch Vertreter der Gewerkschaften beteiligt.

In den nächsten Monaten wird die Große Koalition nun über Möglichkeiten sprechen, mehr Mitarbeiterbeteiligung in Deutschland zu erreichen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird ihr Konzept in diese Gespräche einbringen und für den Deutschlandfonds werben.

Mit dem Deutschlandfonds gibt es endlich eine Lösung für die bisherigen Probleme mittelständischer Unternehmen, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Beteiligung anbieten wollen. Unbürokratisch und kostengünstig.

Ein Überblick über die die finanzpolitischen Konsequenzen der Gesetzentwürfe und Anträge zur Verdeutlichung der finanzpolitischen Unseriosität der Linkspartei

Eine Überprüfung der Gesetzentwürfe und Anträge der Linkspartei macht exemplarisch die finanzpolitische Unseriosität dieser Partei deutlich. Ihre finanzwirksamen Forderungen würden den öffentlichen Haushalten (Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen) allein bei den hier aufgeführten Politikbereichen jährlich Mehrkosten von 154,7 Milliarden Euro bescheren. Bei der Frage der Gegenfinanzierung macht es sich die Linkspartei leicht – indem sie sich in den meisten Fällen dazu ausschweigt. Wenn sie Vorschläge zur Gegenfinanzierung macht, verheddert sie sich in Widersprüche. So fordert sie an der einen Stelle die Rücknahme der Mehrwertsteuererhöhung, um an anderer Stelle gerade diese

Erhöhung zur Finanzierung ihrer Vorschläge einzusetzen. Darüber hinaus spekuliert sie auf Zusatzeinnahmen durch diverse Steuererhöhungen, von denen sie weiß, dass sie entweder politisch nicht durchsetzbar sind oder nicht die erwarteten Einnahmen bringen.

All ihre Versprechungen würden zu Steuererhöhungen und Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge führen. Die Linkspartei macht den Staat und seine Bürger arm. Unterm Strich: Die Linkspartei ist eine reine Protest- und Oppositionspartei, die mit populistischen Anträgen Stimmung macht und mit den Ängsten und Sorgen der Menschen spielt. Mit dieser Partei ist eine seriöse und glaubwürdige Politik nicht zu machen.

Tabellarische Übersicht

Politikbereich	Kosten pro Jahr in Euro
Arbeit und Soziales	26,4 Mrd. Euro <u>Zusätzlich:</u> Erhöhung des RV-Beitrags auf 28 Prozent, was einen Verlust von mindestens 600.000 Arbeitsplätzen zur Folge hätte.
Finanzen	46,7 Mrd. Euro <u>Zusätzlich:</u> Steigende Lohnnebenkosten aus Verzicht Mehrwertsteuererhöhung
Bildung und Forschung	17,9 Mrd. Euro
Gesundheit	9,2 Mrd. Euro <u>Zusätzlich:</u> Steigende Lohnnebenkosten
Wirtschaft- und Energie	15,5 Mrd. Euro <u>Zusätzlich:</u> Verstaatlichung der Strom- und Gasnetze, dadurch: Einmalig 150 Mrd. Euro
Familien	19 Mrd. Euro
Europa	20 Mrd. Euro
Gesamtkosten	154,7 Mrd. Euro

wertsteuer zur Gegenfinanzierung bestimmter Vorhaben herangezogen.

- Ihre Gegenfinanzierungsvorschläge sind zudem auf Sand gebaut. Die Linkspartei rechnet sich die Welt schön. Sie setzt beispielsweise für die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer ein Volumen von 30 Mrd. Euro an. Wenn man berücksichtigt, dass im letzten Jahr ihrer Erhebung damit „nur“ 400 Mio. Euro erreicht wurden, zeigt allein diese Tatsache, wie ernst die Gegenfinanzierungsvorschläge der Linkspartei zu nehmen sind.
- Die Lohnnebenkosten würden deutlich steigen (allein 6 Prozentpunkte in der Rentenversicherung, 1 Prozentpunkt in der Arbeitslosenversicherung und auch der Beitrag zur Krankenversicherung würde sich verteuern).
- Auffällig ist, dass sich die Linkspartei ausschließlich mit der Verteilungsseite beschäftigt. Fragen nach der Wettbewerbsfähigkeit werden nicht gestellt. Sie reduziert Sozialpolitik auf möglichst hohe Zahlungen. Je mehr, desto sozialer ist dabei ihr Credo.
- Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und den Standort Deutschland kümmert sich die Linkspartei dagegen nicht. Im Gegenteil: Hohe Lohnnebenkosten, möglichst hohe Steuern und Einschränkung des Wettbewerbs sind ihre Rezepte. Wie sich Deutschland und die Unternehmen im internationalen Wettbewerb damit behaupten sollen, wird von ihr nicht thematisiert. Daraus resultierende Arbeitsplatzverluste werden von der Linkspartei ignoriert.
- Vielfach soll der Bund finanziell in die Bresche der Länder springen. Auf die Kompetenzverteilung des Grundgesetzes wird dabei wenig Rücksicht genommen.
- Für die beispielhaft dargestellten Forderungen der Linkspartei fielen jährlich Kosten von rund 154,7 Mrd. Euro an. Geld spielt bei der Linkspartei offensichtlich keine Rolle.
- Die Gegenfinanzierungsvorschläge sind widersprüchlich. Die Linkspartei fordert beispielsweise auf der einen Seite den Verzicht auf die Mehrwertsteuererhöhung, auf der anderen Seite wird die Mehr-

Mindestlohn in der Postbranche

Bundeskabinett beschließt Aufnahme der Briefdienste in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz

Mit großer Hartnäckigkeit und zunehmendem Erfolg arbeitet die SPD-Bundestagsfraktion an der Einführung flächendeckender Mindestlöhne.

Für das Baugewerbe und die Gebäudereinigerbranche haben wir über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz Mindestlöhne festgelegt. Jetzt ist – gegen erheblichen Widerstand aus der Union – der Durchbruch bei den Postdienstleistern gelungen.

Am 1.1.2008 fällt das letzte verbliebene Briefmonopol. Dann steht der Briefmarkt allen potentiellen Anbietern und nicht nur der Deutschen Post AG offen. Mehr Wettbewerb ist gut, vor allem für die Verbraucher, sollte man meinen. Doch die Sache hat einen großen Haken.

Auf dem Rücken der Arbeitnehmer

Bereits jetzt sind auf dem deutschen Postdienstleistungsmarkt neben der Deutschen Post AG starke Wettbewerber tätig. Ihre Leistungen sind in der Regel preisgünstiger als die der Post. Dies hat nichts mit besserem Management zu tun sondern in erster Linie mit Lohndrückerei und schlechteren Arbeitsbedingungen.

Die bei den Wettbewerbern der Post gezahlten Löhne liegen nicht selten um 30 bis 50 Prozent unter den Lohnstandards der Deutschen Post. Stundenlöhne von 5 bis 6 Euro sind keine Ausnahme. Zudem werden bei den Wettbewerbern der Post fast 60 Prozent geringfügig Beschäftigte und nur 18 Prozent Vollbeschäftigte eingesetzt; bei der Post sind 62,6 Prozent vollbeschäftigt und nur 4,1 Prozent geringfügig beschäftigt.

Über 30.000 Arbeitsplätze in Gefahr

Bisher liegt das Briefmonopol für Standardbriefe bis 50 g bei der Deutschen Post. Mit dem Wegfall dieses Monopols zum 1.1.2008 werden weitere Wettbewerber auf dem deutschen Postmarkt aktiv. Gibt es bis dahin keine allgemeinverbindliche Mindestlohnregelung werden die Wettbewerber noch stärker auf dem Briefmarkt mit Dumpinglöhnen aktiv werden. Von 60.000 gesicherten

Arbeitsplätzen der Deutschen Post im Briefbereich geraten bis zu 32.000 Jobs in Gefahr.

Ungeregelter Wettbewerb schadet uns allen

Mehr Wettbewerb ist dann gut, wenn alle Betriebe unter den gleichen Voraussetzungen antreten. Wir Sozialdemokraten wollen Wettbewerb um Leistungen, Qualität und Service, nicht um billigste Löhne. Wenn einige Wettbewerber mit Dumpinglöhnen arbeiten, während andere an Tarifverträge gebunden sind, werden letztlich die guten und sicheren Arbeitsplätze zerstört und prekäre Arbeitsverhältnisse in großer Zahl geschaffen. Daran kann niemand Interesse haben. Denn die Zeche zahlen wir alle.

Dumpinglohn ist doppelte Ausbeutung

Die Löhne, die von den Wettbewerbern der Deutschen Post gezahlt werden, reichen auch bei einem Vollzeitjob zur Existenzsicherung nicht aus. Das bedeutet, dass diese Arbeitnehmer ergänzende Hilfen des Staates in Anspruch nehmen müssen, z.B. Arbeitslosengeld II. Wer Dumpinglöhne zahlt, beutet doppelt aus: die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber auch alle Steuerzahler. Denn sie müssen für die ergänzenden Hilfen des Staates aufkommen.

Unser Erfolg ist gut für das Land

Die Mindestlohnregelungen, die wir für das Baugewerbe und das Gebäudereinigerhandwerk erreicht haben, haben sich bewährt. Seriöse Unternehmen, die faire Löhne zahlen, wurden vor Billigkonkurrenz geschützt, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen ohne staatliche Hilfe ihren Lebensunterhalt.

Mit Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion hat **Franz Müntefering** die Einführung eines tariflichen Mindestlohns für die gesamte Briefdienstleistung im Bundeskabinett durchgesetzt. Es ist sehr zu hoffen, dass die CDU und CSU ihren Widerstand in Bundestag und Bundesrat aufgeben.

Offenlegung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten

Bundestag sorgt für mehr Transparenz – Überwiegende Mehrheit der Bundestagsabgeordneten erzielt keine Einkünfte aus Nebentätigkeiten

Am 4. Juli hat das Bundesverfassungsgericht die Anträge von neun Bundestagsabgeordneten gegen die Pflicht zur Angabe und zur Veröffentlichung der Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte abgelehnt. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat den Weg frei gemacht für Rechtssicherheit und mehr Transparenz. Bislang mussten die Abgeordneten ihre Nebeneinkünfte nur zum Teil gegenüber dem Bundestagspräsidenten offenlegen.

Die SPD hatte bereits in der vorangegangenen Wahlperiode gemeinsam mit dem damaligen Koalitionspartner dafür gesorgt, dass das Abgeordnetengesetz entsprechend geändert und die Verhaltensregeln für die Mitglieder des Deutschen Bundestags neu gefasst wurden. Ziel

der Neuregelungen war es, mehr Transparenz über etwaige Nebentätigkeiten der Abgeordneten herzustellen und den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit zu geben, sich über die Aufgaben zu informieren, die ein Abgeordneter gegebenenfalls neben dem Mandat noch wahrnimmt.

Ein Ergebnis der Veröffentlichung der Nebeneinkünfte ist, dass mit rund 80 % die überwiegende Mehrheit der Bundestagsabgeordneten keine angabepflichtigen Einkünfte aus Nebentätigkeiten erzielen. Leider war in der Vergangenheit der Eindruck entstanden, eine Vielzahl der Mandatsträger hätte neben den Einkünften aus ihrer Arbeit als Abgeordnete noch ein weiteres Nebeneinkommen. →

Dabei geht aus den nunmehr veröffentlichten Daten der Bundestagsverwaltung hervor, dass nur einzelne Parlamentarier mehrere zehntausend Euro pro Jahr zusätzlich verdienen. Veröffentlicht werden die Nebeneinkünfte in drei Stufen. Unter Stufe 1 fallen monatliche Zusatzeinkünfte von 1000 bis 3500 Euro, unter Stufe 2 von 3500 bis 7000 Euro und unter Stufe 3 Einkünfte von mehr als 7000 Euro.

„Der Job eines Bundestagsabgeordneten erfordert vollen Einsatz, mit 60, 70 oder sogar mehr Wochenstunden.

Außerdem stehen regelmäßig auch an den Wochenenden Wahlkreis-Termine an. Da bleibt wenig Zeit für zusätzliche Tätigkeiten“, sagt Martin Dörmann, der seinen Beruf als Rechtsanwalt seit Übernahme des Bundestagsmandats im September 2002 ruhen lässt und keine Nebentätigkeit ausübt.

➔ **Informationen zu den Nebeneinkünften**
www.bundestag.de/mdb/nebentaetigkeit/index.html

10 gute Gründe gegen die Atomkraft

SPD fordert: alte Atom-Reaktoren vom Netz

Immer wieder ist in den vergangenen Monaten der Ausstieg aus der Kernenergie kontrovers diskutiert worden, gerade auch im Zusammenhang mit der Debatte um den Klimaschutz. Die SPD hat schon vor vielen Jahren in einem Grundsatzbeschluss den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen und wird auch in Zukunft daran festhalten. In den Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU setzte die SPD durch, dass dieser im Koalitionsvertrag verankert wurde – aus guten Gründen:

1. Atomkraft ist eine Risikotechnologie.

Spätestens seit dem Reaktorunfall 1986 in Tschernobyl wissen wir: Die Erzeugung von Strom durch Atomkraftwerke birgt das Risiko einer nuklearen Katastrophe mit weiträumiger Freisetzung von Radioaktivität. Tote, Verletzte, unbewohnbare Regionen und weltweite Angst waren die Folge der Tschernobyl-Katastrophe. Und die aktuellen Störfälle in den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel zeigen, dass ältere Kraftwerke besonders störanfällig sind. Wir wollen, dass sie möglichst schnell abgeschaltet werden. Die Risikotechnologie Atomkraft kann kein Modell für eine Energieversorgung der Zukunft sein.

2. Atomkraft schafft keine neuen Arbeitsplätze.

In der Atombranche gibt es im Vergleich zur restlichen Energiebranche nur wenig Beschäftigte: Zurzeit arbeiten hier rund 38.000 Beschäftigte. Erneuerbare Energien sind dagegen ein Jobmotor. Mehr als 200.000 Menschen haben hier zukunftsfähige Arbeitsplätze. Tendenz: steigend.

3. Atomkraft behindert Innovationen.

Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke blockieren notwendige Innovationen für eine neue, effiziente Energiewirtschaft – und schieben damit einen effektiveren Klimaschutz auf die lange Bank.

4. Atomkraft macht uns abhängig von Uranimporten.

Deutschland ist bei der Atomenergie zu 100 Prozent abhängig von Uranimporten. Aktuelle Zahlen belegen, dass es weltweit nur noch 4,7 Millionen Tonnen wirtschaftlich abbaubares Uran gibt. Beim gegenwärtigen Jahresverbrauch reicht das nur noch für 65 Jahre – bei einem weiteren Ausbau der Atomenergie würden die Uranvorräte noch früher zu Ende gehen.

5. Atomkraft schafft keine Versorgungssicherheit.

Mit Atomkraft werden zurzeit nur 3 Prozent des weltweiten Primärenergiebedarfes erzeugt. Würde ihr Anteil zum Beispiel auf 12 Prozent steigen, müssten 1500 neue Atomkraftwerke gebaut werden. Dies zeigt: Atomkraft hat keine wirkliche Perspektive – eine zukunftsfähige Energieversorgung ist mit ihr nicht zu machen.

6. Atomkraft ist teuer und unrentabel.

Atomkraft ist nur für die Betreiber profitabel – die Rechnung zahlt die Gesellschaft. Besonders mit alten, abgeschriebenen Atomkraftwerken lassen sich enorme Gewinne erzielen. Für die Kunden wird der Strom nicht billiger. Bestes Beispiel ist Baden-Württemberg: Viel Atomkraft – und dennoch hohe Strompreise.

7. Atomkraft leistet keinen Beitrag zum Klimaschutz.

Die Erzeugung von Strom aus Atomkraft ist nicht CO₂-frei, wenn man ihren gesamten Weg – von der Gewinnung des Urans an – berücksichtigt. Klimaschutz ist der letzte Strohalm, an den sich die Verfechter der Atomkraft klammern, weil ihnen bessere Argumente fehlen.

8. Atomkraft erzeugt radioaktive Abfälle.

Die Entsorgung der radioaktiven Abfälle ist noch immer ungeklärt. Es gibt bislang keine Lösung, wie die strahlenden Abfälle über tausende Jahre sicher gelagert werden können. Diese Last dürfen wir unseren Kindern und Enkeln nicht aufbürden.

9. Atomkraft ermöglicht Missbrauch und Waffen.

Die Gefahr einer kriminellen Nutzung von radioaktivem Material kann nie ganz ausgeschlossen werden. Die Atomkrafttechnologie schließt immer auch die Möglichkeit des Baus einer Atombombe mit ein. Angesichts wachsender Terrorgefahr und der vielen Krisenherde müssen wir diese Gefahr dauerhaft eindämmen.

10. Der Atomausstieg ist seit über 20 Jahren sozialdemokratische Politik.

Das Engagement gegen Atomkraft hat in der SPD lange Tradition. 2000 hat die SPD-geführte Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder den Atomausstieg vereinbart. Auch heute stehen wir für den Ausstieg aus der Atomkraft und für eine ökologische Industriepolitik, die auf den Einsatz von energie-effizienter Spitzentechnologie, auf Energie sparen und eine Zukunft mit erneuerbaren Energien setzt.

„Integrationspolitik geht uns alle an“

Im Juli hat der zweite Integrationsgipfel stattgefunden. Hier hat man sich auf einen nationalen Integrationsplan verständigt. Dieser enthält insgesamt 400 Selbstverpflichtungen. Ziel ist es, die Eingliederung der 15 Millionen Menschen ausländischer Herkunft in Deutschland voran zu treiben.

Die Positionen und Forderungen der SPD in Stichworten:

1. Die Grundlage der Integration ist Chancengleichheit
2. Frühkindliche Bildung
3. Angebote an Integrations- und Sprachkursen verbessern
4. Potentiale und Ressourcen von Migrantinnen erkennen und fördern
5. Kommunale Integrationsnetzwerke schaffen

6. Zugangschancen zum Arbeitsmarkt für Jugendliche mit Migrationshintergrund verbessern
7. Kulturelle Vielfalt und kulturelle Teilhabe fördern
8. Bürgerschaftliches Engagement ist ein Schlüssel zur Integration
9. Integration durch Sport
10. Bleiberecht für langjährig geduldete Familien

Unter diesem Link ist das von Fritz Rudolf Körper, MdB verfasste Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema eingestellt:

→ www.koerperspd.de/homepage/content/2007/c_2007-07-13_1_b_integration.pdf

Zum Stand der Bahnreform

SPD sieht noch Prüfungsbedarf

Der Deutsche Bundestag hatte am 24. November 2006 einen gemeinsamen Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zu den Eckpunkten einer Teilprivatisierung noch in dieser Legislaturperiode angenommen. Danach sollen Eisenbahninfrastrukturunternehmen im Eigentum des Bundes stehen, Investoren sollen an diesen Unternehmen - und damit an der Eisenbahninfrastruktur - nicht beteiligt werden. Die DB AG soll aber dennoch die Bewirtschaftung und Betriebsführung des Netzes wahrnehmen und dies auch bilanzieren.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf sichert, dass der Bund seiner verfassungsrechtlichen Gemeinwohlverpflichtung nachkommen kann. Zum anderen hat er das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens DB AG zu stärken, ihm die Bilanzierungsfähigkeit der Eisenbahninfrastrukturunternehmen zu erhalten und damit zusätzliche Schulden und Risiken für den Bundeshaushalt auszuschließen. Wenn Regierung, Bundestag und Bundesrat zustimmen, bleiben Gleise, Bahnhöfe und Stellwerke im Eigentum des Bundes. Kein Investor wird Zugriff auf einen einzigen Meter Schiene bekommen. Darauf achtet der Staat penibel. Aber der Konzern soll integriert mit Netz und Betrieb teilprivatisiert werden. Das sichert die Arbeitsplätze. Der Bund behält dabei immer die Mehrheit der Aktien.

Der Gesetzentwurf wurde von den Koalitionsfraktionen in den Bundestag eingebracht. Er wird in den nächsten Monaten weiter intensiv beraten, bevor es zur endgültigen Verabschiedung kommt. Insbesondere in der SPD-Bundestagsfraktion gibt es hierzu noch erheblichen Beratungsbedarf. Diese hat der Einbringung zugestimmt, dabei aber gleichzeitig deutlich gemacht, dass sie den nachfolgenden Beschluss des SPD-Parteivorstandes unterstützt.

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 20. August 2007: „Kapitalprivatisierung der Bahn mit verkehrspolitischem Nutzen verbinden!“

In den 90er Jahren haben umfassende Privatisierungsvorhaben die öffentliche Hand aus haushaltspolitischen Notlagen befreit. Gleichzeitig wird heute gerade in den Kommunen offenbar, dass politische Entscheidungsspielräume in unterschiedlichen Bereichen immer weiter beschnitten sind. Vor diesem Hintergrund wird die SPD ihre Privatisierungspolitik und die Zukunft des öffentlichen Sektors neu diskutieren. Dies gilt unabhängig von der geplanten Kapitalprivatisierung der Bahn AG.

Kernaufgabe der Deutschen Bahn ist es, eine breite, flächendeckende Verkehrsversorgung mit öffentlicher Mobilität in Deutschland sicherzustellen. Die Bahn erfüllt einen originär öffentlichen Dienstleistungsauftrag. Der SPD-Parteivorstand setzt sich dafür ein, dass im Rahmen der vom Bundeskabinett beschlossenen Privatisierung der DB AG die ebenso grundlegende wie unverzichtbare Aufgabe der Bahn für unsere Verkehrs- und Umweltpolitik auf Dauer gewährleistet bleibt.

Um zu verhindern, dass Investoren Einfluss auf das Schienennetz bekommen, fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion auf, ein Volksaktienmodell mit nicht stimmberechtigten Vorzugsaktien zu prüfen. Die Beschlüsse im Parteivorstand und in der Bundestagsfraktion werden im Lichte dieser Prüfung getroffen. Darüber hinaus ist die parlamentarische Kontrolle bei der Feststellung und Überprüfung des Schienenbedarfsplanes sowie bei Investitionen des Bundes in die Schieneninfrastruktur jederzeit zu gewährleisten.

Neuer Entwurf für das „Hamburger Programm“

„Die SPD ist die linke Volkspartei und will für eine solidarische Mehrheit in Deutschland eintreten“, dies sagte der SPD-Vorsitzende Kurt Beck bei der Vorstellung des neuen Entwurfs der Programmkommission für das Hamburger Grundsatzprogramm.

Kurt Beck zeigte sich überzeugt, dass die solidarische Mehrheit ein soziales Deutschland wolle. Mit ihrem "sehr konzentrierten, prägnanten" Programm lege die SPD einen "gelungenen Entwurf" einer politischen Idee vor, die diesem Anspruch gerecht werde und ringe um die solidarische Mehrheit der Gesellschaft. Unverändertes Ziel der SPD sei es, Politik in den kommenden Jahrzehnten so zu gestalten, dass die Gesellschaft durch Gerechtigkeit und Solidarität zusammenhalte. Nur so könne verhindert werden, dass einzelne Gruppen "wegrutschen", betonte der SPD-Vorsitzende. Deshalb gelte es, Ökonomie, Ökologie und soziale Sicherheit miteinander zu verbinden und nicht gegeneinander auszuspielen.

Das neue Hamburger Programm sei das Ergebnis eines mehrjährigen sehr intensiven Diskussionsprozesses innerhalb der SPD und im Dialog mit der Gesellschaft. Keine andere Partei habe eine so intensive und offene Diskussion geführt, sagte Beck.

Globalisierung politisch gestalten

Als erste und einzige Partei in Deutschland und Europa habe die SPD mit dem neuen Hamburger Programm die Herausforderungen der Globalisierung positiv aufgenommen und aktiv gestaltende, politische Antworten auf die Globalisierung entwickelt.

Weil der wirtschaftlichen Globalisierung eine politische Globalisierung folgen müsse, wolle die SPD auf europäischer und internationaler Ebene die Demokratie stärken und mehr Gerechtigkeit durchsetzen. Zum anderen müssten im eigenen Land - zum Beispiel durch eine vorsorgende Sozialpolitik - die Weichen so gestellt werden, dass auch unter den Bedingungen der Globalisierung Menschen "gleiche Lebenschancen" hätten.

Das Hamburger Programm, so Beck, stehe in der stolzen programmatischen Tradition der Sozialdemokratie und sehe Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als gleichwertige und gleichrangige Werte an. Angesichts der neuen und besonderen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gehe es zudem darum, Nachhaltigkeit als das vernünftige Grundprinzip politischen und wirtschaftlichen Handelns zu betrachten.

Die Kerngedanken des Programms

Schwerpunkte des Programms sind das Streben für eine friedliche und gerechte Weltordnung und nachhaltiger Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft vereint. Zudem will die SPD einen vorsorgenden Sozialstaat entwickeln, der nicht im Widerspruch zum Sozialstaat, wie wir ihn kennen, steht, sondern darauf aufbaut. So geht er auf die Lebenslagen der Menschen ein und versucht intensiv vorzubeugen, um Problemlagen zu vermeiden. Außerdem tritt die Sozialdemokratie für "Gute Arbeit" in Deutschland ein. Dieses Leitbild bedeutet, dass Arbeit gerecht entlohnt wird, Anerkennung bietet, nicht krank macht, die erworbene Qualifikation nutzt und ausbaut, demokratische Teilhabe garantiert und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Außerdem setzt die SPD in ihrem neuen Programm auf die Stärkung der solidarischen Bürgergesellschaft und will eine Kultur der Anerkennung fördern.

"In unserer Zeit der rasanten Veränderung suchen viele Menschen Orientierung und Perspektive. Wir wissen: Millionen von Menschen aus der gesamten Gesellschaft teilen unsere Werte und unsere Ziele. Diese solidarische Mehrheit wollen wir für sozialdemokratische Politik gewinnen", heißt es in der Einleitung zum endgültigen Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm. Die deutsche Sozialdemokratie, so Beck, habe den Anspruch, die Entwicklungen nicht einfach so hinzunehmen, sondern aktiv die Zukunft des Landes, Europas und der Welt mitzugestalten. Deshalb wolle die SPD als linke Volkspartei für eine solidarische Mehrheit in Deutschland eintreten.

Nach einigen Jahren Arbeit hatte die Programmkommission der SPD am Samstag den endgültigen Entwurf für das Hamburger Grundsatzprogramm, der dem Bundestag am Ende Oktober vorgelegt wird, einstimmig beschlossen. In die Überarbeitung des Bremer Entwurfs sind die Gedanken von knapp 1.000 Anträgen aus den Gliederungen eingeflossen. Das neue Hamburger Programm verbindet und eint so die verschiedenen Impulse aus der SPD.

Der Beschluss der Programmkommission vom 22.09.2007 ist abrufbar unter:

→ www.spd.de/show/1727780/230907_Empfehlung_Antragskommission.pdf

Bücher zur Programmdebatte

Im Vorwärts-Verlag sind drei Bücher mit Aufsätzen zur Programmdebatte erschienen:

- Kurt Beck / Hubertus Heil (Herausgeber):
Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert – Lesebuch zur Programmdebatte der SPD
- Detlev Albers / Andrea Nahles (Herausgeber):
Linke Programmbausteine – Denkanstöße zum Programm der SPD
- Matthias Platzeck / Peer Steinbrück / Frank-Walter Steinmeier (Herausgeber):
Auf der Höhe der Zeit – Soziale Demokratie und Fortschritt im 21. Jahrhundert

Gerechtigkeit, Emanzipation und Effizienz – Vorsorgender Sozialstaat und sozialdemokratische Gesellschaftspolitik

An dieser Stelle dokumentieren wir einen Beitrag von Prof. Dr. Wolfgang Schroeder aus dem soeben erschienenen Vorwärts-Buch „Auf der Höhe der Zeit“ (s.o.).

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, geboren 1960 in Mayen, studierte Politikwissenschaft in Marburg, Wien, Tübingen und Frankfurt am Main. 1991 bis 2003 Referent und Ressortleiter beim Vorstand der IG Metall; 2003 bis 2006 Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall; seit 2006 Professur für Politikwissenschaft an der Universität Kassel.

Im Zentrum des Bremer Programmentwurfes der SPD steht die Idee, den deutschen Sozialstaat in seiner emanzipatorischen und gesellschaftlichen Dimension zu stärken. Damit soll der Sozialstaat ausdrücklich von seinen konservativen Bismarck'schen Eierschalen befreit werden. Die Vision des ostelbischen Junkers war es, den Sozialstaat zu nutzen, um Herkunfts- und Klassenunterschiede zu zementieren. Für Sozialdemokraten hingegen ist der Sozialstaat ein gesellschaftliches Projekt, um die Klassen- und Herkunftsgesellschaft zu überwinden und wirkliche Chancengleichheit zu erreichen.

Als Projekt der Moderne ist der Sozialstaat sowohl notlagenorientiert als auch auf Emanzipation und Gerechtigkeit ausgerichtet. Um seine Ziele zu erreichen, muss der Sozialstaat die Fähigkeit besitzen, individuelle Startdefizite der Menschen gezielt zu bekämpfen, die ihre Entwicklung qua Herkunft behindern. Für eine sozialdemokratische Sozialstaatspolitik in der Tradition der Arbeiterbewegung ist es daher entscheidend, gesellschaftliche Integrationsdefizite abzubauen und zugleich Aufstiegsmöglichkeiten durch Bildung, Arbeit und Leistung zu ermöglichen. Diese Politik einer durchlässigen Gesellschaft war weder in der Vergangenheit allein durch den Staat zu bewältigen noch wird sie es zukünftig sein – aber *ohne* den Staat ist sie erst recht nicht zu machen. Gebraucht wird also die enge Kooperation zwischen Staat, Gesellschaft und Individuen, wobei dem Staat als Förderer und Helfer, Regulierer und Schützer eine wesentliche Rolle zufällt.

Die gegenwärtigen konzeptionellen Bemühungen, dem Ziel einer gerechteren Gesellschaft näher zu kommen, kreisen um die Formel vom vorsorgenden Sozialstaat. Dieser Begriff war schon im Berliner Programm an prominenter Stelle platziert. Gleichwohl ist daraus bisher kein konkretisierbares Konzept entwickelt worden, um dem überkommenen deutschen Sozialstaat eine modernere und sozialdemokratische Prägung zu geben. Bildungsarmut, schlechte gesundheitliche und berufliche Perspektiven bildungsferner Herkunftsschichten sowie der Perspektive von Altersarmut – dies alles könnte zukünftig angesichts des demografischen Wandels und der multiethnischen Realität unseres Landes noch weitaus verheerendere Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft ausüben als in der Vergangenheit.

Jede Zeit hat die Aufgabe, die Ziele des Sozialstaates neu zu akzentuieren, Defizite der gesellschaftlichen Integration, Dynamik und Gerechtigkeit zu beheben. Mit dem Konzept des vorsorgenden Sozialstaates ist auf keinen Fall der Bruch mit der „nachsorgenden“ Seite des deutschen Sozialstaates verbunden. Diese bleibt das Fundament jeder Sozialstaatskonzeption. Vielmehr geht es darum, vor- und nachsorgende Elemente des Sozialstaates gezielter aufeinander zu beziehen, um eine Legitimation stiftenden Sozialstaat für das 21. Jahrhundert

zu entwickeln, der die Bezeichnung „sozialdemokratisch“ verdient.

„More of the same“ ist nicht genug

Das Konzept des vorsorgenden Sozialstaates zielt darauf, die Wirksamkeit sozialstaatlicher Politik zu erhöhen. Wir müssen möglichst früh bei der Förderung der Menschen ansetzen und den öffentlichen Gütern einen höheren Stellenwert beimessen. In diesem Sinne ist der vorsorgende Sozialstaat eine politische Antwort auf die Leistungs- und Legitimationskrise des nachsorgenden Sozialstaates. Er soll dessen sozialpolitische Effektivität ebenso erhöhen wie seine Gerechtigkeitswirkung. Das sozialdemokratische Sozialstaatskonzept für unsere Zeit kann auf keinen Fall *more of the same* heißen.

Auffällig ist, dass der Begriff vom vorsorgenden Sozialstaat zwar einerseits vergleichsweise unverbraucht ist, sich andererseits aber auch noch nicht stark im politischen Diskurs verankert hat. Dabei sticht eine große Diskrepanz ins Auge: Während die wesentlichen Inhalte des vorsorgenden Sozialstaates – etwa umfassende Bildungsreformen sowie stärkeres gesellschaftliches Engagement für die frühkindliche Betreuung und Bildung – auf eine hohe Zustimmung treffen, ist der Begriff selbst noch unzureichend eingebettet. Dies zeigt die folgende Zusammenstellung kritischer Einwürfe:

- Manche meinen, der Begriff selbst sei zu „mager“, um als wirklich neue Leitidee geeignet zu sein. Andere erklären, der Begriff sei analytisch zu wenig ausgearbeitet, um als sozialdemokratisches Ideengut identifiziert zu werden. Tatsächlich wohnt dem Begriff ein beträchtliches Innovations- und Integrationspotenzial inne. Zutreffend ist allerdings, dass die großen klärenden Debatten bislang noch fehlen.

- Angemerkt wird zugleich, das Konzept sei zu diffus, weshalb mancherorts eine Konkretisierung gefordert wird. Diese ist im Bremer Entwurf jedoch bereits – ohne übermäßige Kleinteiligkeit – enthalten: Die Beschäftigungsversicherung (gegen Arbeitslosigkeit), die Bürgerversicherung (für Gesundheit) sowie die Erwerbstätigenversicherung (für sichere Renten) sind wesentliche Elemente. Allerdings darf sich das Konzept des vorsorgenden Sozialstaates in diesen Faktoren keineswegs erschöpfen.

- In einer vermeintlich zu starken Akzentuierung des Vorsorgegedankens erkennen einige die Gefahr, hier werde „Wasser auf die Mühlen der neoliberalen Deregulierungs- und Privatisierungsfanatiker geleitet“. Der Vorwurf wäre nur *dann* zutreffend, wenn die Vorsorgekonzeption eine Privatisierung der etablierten Risikoabsicherung bedeutete. Das genaue Gegenteil ist jedoch der Fall, begreift man das Konzept des Vorsorgenden Sozialstaates zutreffend als umfassendes Programm einer neuen Verschränkung von Individuen, Institutionen →

gesellschaftlicher Sicherung und Staat.

- Einige vermuten, die Konzeption des vorsorgenden Sozialstaats solle dazu genutzt werden soll, bloßes „Empowerment“ zu betreiben – also weniger umzuverteilen und „nachzusorgen“, um stattdessen alle Mittel in die Hände der Individuen zu legen, die fortan alleine ihres Glückes Schmied wären. Die kritische Betrachtung der verwaltenden, reparierenden und nachsorgenden Dimensionen des bestehenden Sozialstaates erscheint aus der Sicht dieser Kritiker ebenso unangemessen wie die starke Akzentuierung der Idee von Bildung und Befähigung. Richtig ist sicher, dass verwalten, reparieren und nachsorgen wichtige Funktionen sind, ohne die kein moderner Sozialstaat auskommt. Genau so richtig ist aber, dass unbeabsichtigte negative Folgen bisheriger sozialstaatlicher Politik festzustellen sind, die gerade aus einer emanzipatorischen und gerechtigkeitsorientierten Perspektive nicht gleichgültig sein können.

- Eingewandt wird auch, man brauche den vorsorgenden Sozialstaat nicht neu zu erfinden, sondern müsse bloß an die Bildungsrevolution der sechziger und siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts anknüpfen. Diese habe seinerzeit Vollbeschäftigung und einen leistungsfähigen Sozialstaat ermöglicht. Dieses Argument begrenzt allerdings die Konzeption der Vorsorge zu sehr auf den Bildungssektor und verkennt im Übrigen die gründlich veränderte Konstellation, die heute im Vergleich zu den sechziger Jahren in der Sozialpolitik existiert.

- Kritik wird schließlich am Konzept der Prävention geübt. Werde es zu eng verstanden, könne es zwei gesellschaftlich nicht wünschenswerte negative Konsequenzen haben. Zum einen entstehe dadurch eine Gefahr für die Freiheit der Individuen, zum anderen werde denen, die sich dem Gebot der Prävention entziehen, möglicherweise im Gegenzug die gesellschaftliche Solidarität entzogen, wenn der individuelle Bedarfsfall eintrete. Befürchtet wird dies vor allem in medizinischen Fragen. Diese Befürchtung unterstellt, dass mit der Vorsorgepolitik nicht nur die Nachsorge, sondern auch die Politik zweiter und dritter Chancen abgeschafft werden solle. Genau dies darf aber nicht geschehen; schließlich soll die Nachsorge durch eine Vorsorgepolitik nicht ersetzt, sondern ergänzt werden.

Wer den Sozialstaat bloß verteidigt, wird ihn verlieren

Auffallend an vielen Beiträgen über die Idee des vorsorgenden Sozialstaates ist ihre defensive Herangehensweise. Da aber die Herausforderungen deutlich zugenommen haben, ist eine am Status quo orientierte Verteidigung des deutschen Sozialstaates zu wenig. Unbestritten ist: Der deutsche Sozialstaat ist besser als sein Ruf. Aber ebenso wahr ist: Er befindet sich nicht auf der Höhe der Zeit. Der bestehende Sozialstaat ist einerseits schlicht zu teuer für das, was er leistet – und er leistet andererseits zu wenig angesichts der Probleme, die heute in unserer Gesellschaft bestehen und für die Zukunft absehbar sind. Für diese Einschätzung spricht zweierlei:

Erstens vollziehen sich unterschiedliche soziale Desintegrationsprozesse, die in den diversen Unterschichtendebatten reflektiert werden. Gemeint sind verstärkte Abkopplungs- und Abschottungstendenzen einzelner Bevölkerungsgruppen. Zu den wesentlichen Elementen dieser neuen sozialen Fragen zählen: Bildungs- und Ausbildungsdefizite, die wachsende Bedeutung von Zivilisationskrankheiten wie Fettleibigkeit und Herz-Kreislaufkrankungen, geringe soziale Durchlässigkeit

und abnehmender Aufstiegszuneigung in bestimmten gesellschaftlichen Milieus sowie Abschottungsentwicklungen bei einzelnen Einwanderergruppen. Gekoppelt sind diese Phänomene mit einer schleichenden Zunahme von Armut und Teilhabedefiziten. Soweit dies messbar ist, sind davon besonders Alleinerziehende, Kinder und junge Erwachsene betroffen. Hinzu kommt die verfestigte Massenarbeitslosigkeit, die sich in Deutschland durch eine international selten anzutreffende hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen und Niedrigqualifizierten auszeichnet. Dieses Übel begleitet die bundesdeutsche Gesellschaft mittlerweile seit über drei Jahrzehnten. *Zweitens* beklagen aber auch die Mittelschichten die unzureichende Leistungsfähigkeit des Sozialstaates. Ihre Klage bezieht sich vor allem auf eklatante Defizite in der Bildungs- und Ausbildungslandschaft, aber ebenso auf die defizitären Möglichkeiten, Beruf und Familie vereinbaren zu können.

Für die Frage, wie der Sozialstaat weiter entwickelt werden kann, sollten die Transformationsprozesse der Arbeitsgesellschaft zentraler Bezugspunkt sein. Der Arbeitsgesellschaft ist keineswegs die Arbeit ausgegangen – trotz enormer Produktivitätssprünge, gigantischer Rationalisierungserfolge und eines stark geschrumpften industriellen Arbeitsmarktes. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Immer mehr Menschen sind erwerbstätig oder suchen eine Erwerbsarbeit. Verschließen kann man die Augen aber nicht davor, dass sich Erwerbsarbeit und die Arbeitsverhältnisse gewandelt haben. Seit Jahren wird die primäre Finanzierung des Sozialstaates über die Erwerbsarbeit schwächer, während durch den Wandel der Arbeitsgesellschaft geschaffene Probleme wie Arbeitslosigkeit oder diskontinuierliche Erwerbsbiografien wachsen. Auch die dauerhafte und sichere Integration in den Arbeitsmarkt hat sich stark abgeschwächt.

Die Zukunft der Erwerbsarbeit

Die Antwort hierauf sollte nicht in der passiven Alimentierung derjenigen bestehen, die zurzeit keinen Platz in der Erwerbsgesellschaft finden. Hierauf würde aber zum Beispiel die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens hinauslaufen. Angestrebt werden sollte das genaue Gegenteil: die Integration in die Arbeitsgesellschaft. Gewiss, für viele Langzeitarbeitslose wird dies schwierig, für manche ist es vielleicht gar nicht mehr möglich. Für sie müssen andere, ihrer Lebenssituation gemäße Formen der Unterstützung gefunden werden. Grundsätzlich und perspektivisch aber sollte für den vorsorgenden Sozialstaat die Integration in die Erwerbsarbeit zentral sein. Das heißt, dass neben allen längerfristigen Aktivitäten der vorsorgenden Sozialpolitik ein zentrales Augenmerk auf die Felder des dualen Systems, der Weiterbildung und der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik gelegt werden muss. Keine andere Institution kann gegenwärtig vergleichbare gesellschaftliche Binde-, Sinn- und Anerkennungsbezüge herstellen wie die Erwerbsarbeit. Denn Erwerbsarbeit ist mehr als eine Einkommensquelle. Sie ist zentraler Anker eigenverantwortlicher Sicherheit, individuellen Sinns und sozialer Anerkennung. Deshalb darf aktive Politik vor Phänomenen wie Massenarbeitslosigkeit und schlecht bezahlten Jobs mit höchst problematischen Arbeitsbedingungen nicht kapitulieren. Vielmehr muss sie die Bedingungen und Voraussetzungen dafür verbessern, dass mehr Menschen erfolgreich an Erwerbsarbeit teilhaben können. Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft hängt eng mit der Neujustierung des Sozialstaates im vorsorgenden Sinne zusammen.

SERIE: „SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE“

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



In der „Berlin Depesche“ erscheint seit 2003 unter dem Titel „Sozialdemokratische Köpfe“ eine eigene Reihe, in der wir anhand einer Kurzbiografie und eines selbst entwickelten Fragebogens bekannte Politikerinnen und Politiker der SPD vorstellen.

Für alle, die früher erschienene Portraits nachlesen wollen: In der **Sonderausgabe 8 der Berlin-Depesche** sind aus den Jahren 2003 bis 2005 die Portraits folgender Personen abgedruckt:

Franz Müntefering, Wolfgang Thierse, Wolfgang Clement, Heidemarie Wieczorek-Zeul,

Renate Schmidt, Ulla Schmidt, Edelgard Bulmahn, Manfred Stolpe, Angelica Schwall-Düren, Nicolette Kressl, Michael Müller, Klaus Uwe Benneter, Sigmar Gabriel, Martin Schulz, Peer Steinbrück, Hannelore Kraft, Gesine Schwan, Hans-Jürgen Wischniewski und Hans-Jochen Vogel.

Zuletzt sind erschienen: **Elke Ferner, Kurt Beck, Frank-Walter Steinmeier, Günter Verheugen, Joachim Poß, Hannelore Kraft, Dr. Peter Struck und Hubertus Heil.**

→ Die Sonderausgabe mit Portraits aus den Jahren 2003 bis 2005 kann auf unserer Homepage abgerufen werden: www.martin-doermann.de (unter „Texte“)

Vorgestellt: Susanne Kastner, MdB Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Biografie

Geboren am 11. Dezember 1946 in Karlstadt/Main; evangelisch-lutherisch; verheiratet, drei Kinder, fünf Enkelkinder.



Beruflicher Werdegang

Mittlere Reife. Fachakademie: Erzieherin, im 2. Bildungsweg: Ausbildung auf der religionspädagogischen Hochschule in München zur Religionspädagogin (bis Mai 1989 Religionspädagogin in

einer Grund- und Hauptschule)

Politischer Werdegang

seit 1972 Mitglied der SPD

seit 1989 Mitglied des Bundestages

1989-1998 Tourismuspolitische Sprecherin, Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

seit 1992 Mitglied im Landesvorstand der SPD Bayern

seit 1998 Präsidiumsmitglied der Bayern-SPD

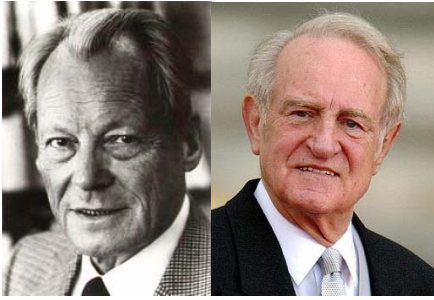
1998-2002 Parlamentarische Geschäftsführerin, Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand, Vorsitzende der Kommission des Ältestenrates für den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken und Kommunikationsmedien und Vorsitzende der Deutsch-Rumänischen Parlamentariergruppe

seit 2002 Bundestagsvizepräsidentin und Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

seit 2004 Mitglied im SPD-Parteivorstand

10 persönliche Fragen an Susanne Kastner

1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?



Willy Brandt ("Mehr Demokratie wagen") und Johannes Rau ("Versöhnen statt spalten").

2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?



Ich wollte immer gerne einmal Nelson Mandela treffen. Im vergangenen November hatte ich das große Glück, dass dieser Wunsch in Erfüllung ging.

3. Ihre liebsten Urlaubsziele?



Rumänien. bzw. dorthin, wo es warm ist.

4. Ihre Leidenschaften?



Fahrrad fahren und im Garten arbeiten.

5. Ihr politisches Leitmotiv?

Dass das, was ich als Politikerin tue, einen Sinn ergibt.

6. Ihr Lieblingsfilm?

Am liebsten sehe ich zeitkritische Filme, beispielsweise „Das Leben der anderen“.

7. Ihre Lieblingsmusik bzw. ihre Lieblingslieder?



Fanfare Ciocarlia.

8. Wen oder was nehmen Sie auf eine einsame Insel mit?



Viele Bücher, Freunde und Familie und selbstverständlich meinen Laptop mit WLAN.

9. Ihre Lieblingsbücher



Nelson Mandela: "Der lange Weg zur Freiheit"; Siba Shakib: "Nach Afghanistan kommt Gott nur noch zum Weinen." und Chona Keitetsi: "Sie nahmen mir die Mutter und gaben mir ein Gewehr. Mein Leben als Kindersoldatin".

10. Über wen lachen Sie am liebsten (außer über sich selbst)?



Am liebsten lache ich mit Freunden, aber über die Erzählungen von Eugen Roth kann ich ebenfalls herzlich lachen.

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2007

Sitzungswochen sind die: 3., 5., 9., 10., 12., 13., 17., 19., 21., 24., 25., 27., 37., 38., 41., 43., 45., 46., 48. und 50. Woche. In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

Infos zu Martin Dörmann, MdB

Wahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonus“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

Ausschussmitgliedschaften im Deutschen Bundestag

Martin Dörmann ist ordentliches Mitglied im **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**. Zugleich ist er stellvertretendes Mitglied im **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und Mitglied im **Unterausschuss „Neue Medien“**. Daneben ist er als einer der Vertreter des Bundestages Mitglied im **Beirat der Bundesnetzagentur** (Regulierungsbehörde).

SPD-Bundestagsfraktion

Martin Dörmann ist Mitglied im **Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion** und im **Vorstand der NRW-Landesgruppe**. Er ist Mitglied der **Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie**, dort u.a. Berichterstatter der SPD für Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt sowie Freie Berufe. Zudem ist er Mitglied der **Arbeitsgruppe „Energie“** und der **Arbeitsgruppe „Neue Medien“**.

Homepage www.martin-doermann.de

Nähere Informationen zu Martin Dörmann enthält seine Homepage.

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Unter den Linden 50, Raum 5003

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiter: Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Sabine Schmidt

Internet-Homepage:

www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Telefon: 02203 / 52144
Fax: 02203 / 51044
Mitarbeiter:

Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer

eMail:

martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Telefon: 0221 / 8704302
Mitarbeiter: Ralf Steinmeier
(Webmaster Homepage)

eMail:

newsmail@netcologne.de

Büro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Albertusstraße 40-46
50667 Köln (Innenstadt)
Tel. 0221 / 925981-17
Fax 0221 / 925981-50

Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

eMail:

renate.dinkelbach.nrw@spd.de



IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

Herausgeber:

Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe:

Martin Dörmann (verantwortlich), Sabine Schmidt, Dr. Marc Drögemöller

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage: www.martin-doermann.de.

